

Bürgerinitiative Planegg Martinsried e.V.
Mehr Demokratie für Planegg und Martinsried
www.bi-planegg-martinsried.de

Dr. Barbara Gutmann
Vorsitzende
Alexander-Fleming-Str. 14
82152 Martinsried

Gemeinde Planegg
Pasingerstr. 8
82152 Planegg

26.6.2018

Durch Boten am 29-6-2018
eingeworfen

**Entwurf FNP mit integriertem Landschaftsplan
für Planegg und Martinsried**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hofmann,
sehr geehrte Gemeinderäte,
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung Planegg,

die Bürgerinitiative bedankt sich für die Unterstützung unserer Beteiligung am Verfahren des neuen Flächennutzungsplan - Entwurf – Planegg Martinsried und nimmt wie folgt fristgerecht Stellung:

Wir erheben Einspruch gegen alle im neuen FNP geplanten Maßnahmen , wo sich jetzt noch im Gemeindegebiet Planegg vorhandene Grün- und Freiflächen befinden, diese aber im neuen FNP allmählich verschwinden zu lassen oder auch nur auf versteckte Art und Weise aber dann doch auch verschwinden können aufgrund des neuen FNPs. Die Begründung der Gemeinde: „ Wir benötigen dringend Wohnraum schlägt fehl, solange es noch genügend Flächen und Möglichkeiten gibt, Wohnungen in der Gemeinde zu bauen ohne die Grün- und Freiflächen antasten zu müssen:

-1- Die alte Brauerei an der Ecke Bahnhofstraße/Bräuhausstr. Das ist ein Riesengebäude mitten in Planegg , also geeignet für den Umbau für viele Wohnungen. Sie wird z. Zt. nur provisorisch genutzt für ein staatliches Archiv, das an so einem für Wohnraum bevorzugten Platz, fehlgelagert ist. Auch die erforderliche Infrastruktur ist dort bereits vorhanden.

-2- Die bereits als Wohngebiet ausgewiesene Großfläche zwischen Alexander-Fleming-Straße und Albert-Schweizer-Straße sollte zunächst bebaut werden, und auch hier besteht die Möglichkeit für viele Reihenhäuser und viel neuem Wohnraum. Aber bitte Hände weg von noch bestehenden Grünflächen ! es sind sowieso schon zu wenige.

-3- Auch z.B. südlich des Lidl-Gewerbegebiets befindet sich ein großes Grundstück, wo man gut als Mischgebiet auch Wohnungen z. B. für die Mitarbeiter von Steinkirchen erstellen kann.

Begründung:

Planegg und Martinsried haben kaum dringenden Bedarf an neuem Wohnraum, denn die Einwohnerzahlen von beiden Orten verlaufen seit Jahren auf einem ähnlichen Niveau. Auch das Gewerbe hat laut Statistik nicht wesentlich an Mitarbeitern zugenommen. Studenten sind sowieso nur Eintagsfliegen und wohnen nur kurze Zeit in den mannigfaltig geplanten und auch schon vorhandenen Studentenwohnungen in Martinsried und Pasing.

Bürgerbegehren gegen Versiegelung: Allmählich ist es auch auf allen Ebenen angekommen: Wir können es uns nicht mehr leisten, weiterhin Grün- und Freiflächen zu versiegeln. Der Bürger benötigt frische Luft für ein gesundes Leben. Inzwischen hat der Bürger das **Recht auf gesunde Luft** zugesprochen bekommen. Dieses Recht darf auch den Bürgerinnen und Bürgern von Planegg und Martinsried nicht genommen werden und schon gleich gar nicht ohne Not.

Deshalb schließen wir uns der Forderung des BUND an, ein **Gutachten** in Auftrag zu geben, **das ohne Vorgaben der Gemeinde**, also wirklich neutral, alle vorhandenen Lösungen aufzeigt, wo in der Gemeinde Planegg Wohnungen gebaut werden können, ohne Grünflächen in Baugrund umwandeln zu müssen.

W1:

Auch hier könnte man südlich des S-Bahnhofs ein zweites Wohngebiet schaffen: Auch hier ist die Lage für ein Wohngebiet hervorragend: Infrastruktur vorhanden, man muss keine Grünfläche opfern und mitten in Planegg.

W3:

Die Bürgerinitiative lehnt die Ausweisung eines neuen Wohngebietes an der Herzog-Wilhelm-Straße ab.

Begründung: Dieses Terrain ist ein Teil der überregionalen Frischluftschneise kommend vom Grünstreifen zwischen Gräfelfing und Martinsried, führend über das neue entwicklungsstarke Biotop Stoawiesn über die Freiflächen der Sportvereine hin zum Neunerberg mit seiner noch vorhandenen Artenvielfalt. Dieses wertvolle Kleinod darf nicht beeinträchtigt bzw. beschädigt werden. Auch hier ist unser Hauptargument: Wir haben genügend Flächen wo auch bezahlbarer Wohnraum und auch schnell erstellt werden kann, unsere noch wenigen Freiflächen müssen dafür nicht weichen.

W6:

Ausweisungsflächen für Wohnbebauung im Grund: Die Bürgerinitiative unterstützt das Bürgerbegehren gegen diese Ausweisung als Baugrund, auch in der Art und Weise einer Salamtaktik, wie sie jetzt die Gemeinde Planegg pflegt, und die dort die Bürger beruhigen soll.

Die dort vorhandenen Ackerflächen bieten für die Bürger und auch für die Natur ein wertvolles Frischluftreservoir zum nur relativen Ausgleich der starkbefahrenen und nahegelegenen Staatsstraße 2063. Das dort dann mögliche Bebauungsgebiet würde schon allein aufgrund seiner Größe viel neue Infrastruktur (Schulen, neue Straßen etc.) erforderlich machen, d. h. Beeinträchtigung von Natur und Lebensqualität und Gesundheit der Bürger. Und wiederum: Das alles ohne erkennbare Not.

W8:

Die Bürgerinitiative lehnt die Ausweisung für Wohngebiet W8 ab.

Waldbestände, die noch vorhanden sind, sollten bei dieser geringen Anzahl unbedingt erhalten bleiben. Das Wohngebiet würde bis an den Rand des Waldes reichen. Es sollte jedoch immer versucht werden, die Restbestände von Wald aufrecht zu erhalten, damit die Vernetzung mit dem Fürstenrieder Wald nicht verloren geht. Nur in der Vernetzung können sich Tier- und Pflanzenvielfalt erhalten.

W12:

Diese Grünfläche darf nicht zur Bebauung freigegeben werden. Sie bildet die noch letzte Verbindung des Lochhamer Schlags zum Forstenrieder Wald.

Mischgebiet 5:

Wir lehnen die Ausweisung des Mischgebiets M 5 ab, da es immer geplant war, die Würmauen von jeglicher Bebauung freizuhalten für die Erhaltung der Natur an der Würm und im Sinne der Erholungsqualität der Würmauen für die Bürger.

Mischgebiet12:

Der Ausweisung als Mischgebiet muss widersprochen werden, weil hier die Grünverbindung vom Lochhamer Schlag zum Forstenrieder Park zerstört wird.

Man sollte hier unbedingt umdenken, um Lösungen zu finden, die die neue U-Bahn **naturunschädlich** einplanen.

Gewerbefläche1:

Die Bürgerinitiative lehnt die Umwandlung dieses Trenngrüns, das bisher landwirtschaftlich genutzt wird, in ein Gewerbegebiet ab, bzw. in ein Gewerbegebiet zur Sondernutzung für Kiesgruben etc. ab.

Die Gemeinde Planegg hat seinerzeit ein teures und umfangreiches **Bürgergutachten** in Auftrag gegeben, bei welchem zufällig ausgewählte Bürger aus Planegg und Martinsried ihre Planungswünsche unter Austeilung von Punkten demokratisch äußern durften.

Dieses Gutachten kam zu folgendem Ergebnis wörtlich:

„ Der Vorschlag mit den meisten Punkten empfiehlt, den Grünzug zwischen den Ortsteilen Planegg und Martinsried durch das Pflanzen von Bäumen, das Aufstellen von Parkbänken und das Anlegen eines Radweges“, (damit war kein Schnellradweg mit Busverkehr gemeint!) , „ **aufzuwerten**“. Weiter im Gutachten: „ Ein ähnlicher Vorschlag bezieht sich auf die **Weiterentwicklung dieses Grünzugs in ein Naherholungsgebiet.**“

Weiter sagt das Gutachten: „ **An zweiter Stelle steht der Wunsch der Bürger, die bestehenden Grünflächen zu erhalten und aufzuwerten.**“

Die Gemeinde hatte seinerzeit versprochen, die Wünsche der Bürger aus dem Bürgergutachten bezüglich Grünflächen verwirklichen zu wollen.

Die Gemeinde ist aber so gut wie nicht diesen Hauptwünschen der Bürger nachgekommen, speziell hier im Grünstreifen. Die Kiesgrube Glück soll wohl durch Umwandlung in ein Gewerbegebiet nun endgültig festgelegt werden.

Neue Kiesgrube Glück:

Die neue Kiesgrube Glück liegt viel zu nah am Wohngebiet zu Martinsried nur ca. 10 – 30 m Abstand. Darunter leidet die Bevölkerung, und besonders die direkten Anwohner. Die Kiesgrube lärmt, der Verkehr erhöht sich durch die an und abfahrenden LKWs enorm, CO₂, Stickoxyde und alle Luftverschmutzer, die durch erhöhten Verkehr entstehen, sind die Folge. Feinstaub, der wie auch Asbest Lungenkrebs erzeugen kann, ist nur eine der möglichen Gesundheitsgefährdungen. Niemand kann 100% ig kontrollieren, was wirklich in die leeren Kiesgruben eingeschüttet wird, auch bei größter Vorsicht nicht.

So eine Gesundheitsgefahr für die Bürger, noch dazu in dieser Nähe, darf eine Gemeinde nicht unterstützen. Auch hier ohne Not:

Die Firma Glück hat aktuell noch zwei andere Kiesgruben im Würmtal im Auge, die sie voraussichtlich demnächst auch auskieseln darf.

Auch die Artenvielfalt in unseren Biotopen wird durch die Kiesgrube vermutlich nicht unerheblich beeinträchtigt. Nach unseren bisherigen Erkenntnissen müssen wir wohl annehmen, dass hier gegen Schädigungsverbote verstoßen wird.

Weitere Begründungen, die gegen eine Kiesgrube sprechen können Sie unserer Homepage entnehmen.

Auch eine **totale Umgehungsstraße (Gewerbetrasse)**, die letztendlich die beiden Autobahnen AB Lindau mit AB Garmisch **mit viel neuem AB-Verkehr** verbindet, darf hier durch die Umwandlung in ein dafür vorgesehenes Infrastruktur-Gewerbegebiet nicht genehmigt werden.

Verkehrsverbindung von Martinsried zum Gewerbegebiet Steinkirchen.

Diese Straßenverbindung wird von der Bürgerinitiative abgelehnt. Es existiert bereits ein zufriedenstellende direkte Verbindung für Fahrräder über den Martinsrieder Weg nach Steinkirchen und sogar ein beleuchteter Fahrwandweg über die Röntgenstraße, Münchnerstraße. Eine Busverbindung wie von der Gemeinde geplant vom U-Bahnbahnhof nach Steinkirchen ist nur mit wenigen Metern mehr auch jetzt schon über die Würmtalstraße und Pasinger Straße vorhanden. Vorteile dieser bereits existierenden Verbindungen: Es müssen keine Grundstücke erworben werden und auch keine neuen Straßen mit neuen Kosten gebaut werden und vor allem: Die Frischluftschneise und der Grünstreifen den die Bürger gerne als Erholungsgebiet nutzen wird nicht durch eine Bus- und Schnellfahrradverbindungsstraße in der Mitte regelrecht zerschnitten und beschädigt.

Sondernutzungsfläche S4:

Wird von der Bürgerinitiative abgelehnt, weil auch hier die wichtige grüne Vernetzung des Lochhamer Schlags zum Forstenrieder Park gekappt würde.

Die Bürgerinitiative erwartet, dass Sie unsere Einwendungen ernsthaft abwägen und schriftlich beantworten. Wir sind gerne bereit, eventuelle Fragen Ihrerseits zu beantworten.

Anmahnung unserer Einwendungen zum Bebauungsplan 78

Zu diesem Bebauungsplan haben wir Ihnen zehn Seiten fundierte Einwendungen vom **11.5.2017** fristgerecht eingereicht. Leider haben wir bis heute keine Antworten darauf erhalten.

Wir fordern Sie höflich auf, dies nun zeitnah nachzuholen.

Mit bestem Dank für ihre Bemühungen und mit freundlichen Grüßen

Dr. Barbara Gutmann

Vorsitzende der Bürgerinitiative Planegg Martinsried e. V.